



Interpellation "Neue Detailhandelsflächen ausserhalb des Zentrums widersprechen dem Stadtentwicklungskonzept"

Itta Loher (SP) reichte am 5. März 2019 mit 12 Mitunterzeichnenden die Interpellation "Neue Detailhandelsflächen ausserhalb des Zentrums widersprechen dem Stadtentwicklungskonzept" ein (siehe Beilage). Der Stadtrat beantwortet diese wie folgt:

Zum Projekt Anschluss Grass AG (Lidl) an der St. Gallerstrasse:

Frage 1

Ist der Stadtrat bereit, sofort bzw. vor Baubeginn die nötigen Projekterweiterungen zu veranlassen, um sicherzustellen, dass der Fussgängerübergang (Fussgängerstreifen, Signal) bis spätestens zur Eröffnung der Filiale realisiert wird?

Antwort des Stadtrates

Sichere und attraktive Querungen für den Fuss- und Veloverkehr werden in der Stadt Gossau konsequent angestrebt und liegen klar im Interesse der Stadt. Ein Fussgängerstreifen ist eine Querungsstelle mit geregelterm Vortrittsrecht zu Gunsten der Fussgänger. Für die Anordnung der Markierung und Signalisation eines Fussgängerstreifens ist die Kantonspolizei abschliessend zuständig. Damit ein Fussgängerstreifen markiert werden kann, sind die Anordnungsvoraussetzungen gemäss VSS 640 241 zu erfüllen (Mindestfrequenz von 100 querenden Fussgängern in den fünf meistbelasteten Spitzenstunden).

Da es sich bei der St.Gallerstrasse um eine Kantonsstrasse handelt, liegt die Zuständigkeit beim kantonalen Tiefbauamt. Die Stadt Gossau wird nach Eröffnung einer Verkaufsfiliale die Lage neu beurteilen und bei Erreichen der Norm-Anforderungen bei der Kantonspolizei und dem kantonalen Tiefbauamt Antrag auf einen Fussgängerstreifen stellen.

Frage 2

Lidl ist bekannt für seine eingeschossigen Ladenflächen mit vielen Gratis-Parkplätzen. Besteht eine vertragliche Absicherung, dass die Filiale ausschliesslich im bestehenden Gebäude der Grass AG erstellt wird?

Antwort des Stadtrates

Nach Kenntnisstand des Stadtrates besteht keine solche vertragliche Absicherung. Im Zuge des Baubewilligungsverfahrens prüft die Stadt die Rechtmässigkeit in Bezug auf die öffentlich-rechtlichen Bauvorschriften.

Frage 3

Angenommen die Grass AG verkauft die Immobilie, welche Einflussmöglichkeiten hat der Stadtrat dann, um zu verhindern, dass der neue Besitzer eingeschossige Gebäudeteile erstellt?

Antwort des Stadtrates

Im Rahmen der Regelbauweise kann der Bauherr nicht zu einer «Mindestnutzung» verpflichtet werden. Im Rahmen von Sondernutzungsplänen könnten aber entsprechende Auflagen verlangt werden.

Frage 4

Sorgt der Stadtrat dafür, dass die Parkplätze beim Lidl bewirtschaftet werden?

Antwort des Stadtrates

Die Thematik der Parkplatzbewirtschaftung privater Betriebe wird aktuell im Stadtrat geprüft.

Zur Bodenpolitik und Stadtentwicklungskonzept:**Frage 5**

Was unternimmt der Stadtrat, um zu erreichen, dass ausserhalb des Zentrums keine neuen Detailhandelsflächen mehr gebaut werden?

Antwort des Stadtrates

Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist beabsichtigt, die Arbeitsplatzgebiete zu differenzieren und auch Vorschriften auszuarbeiten, um grössere Detailhandelsflächen ausserhalb des Zentrums zu unterbinden.

Frage 6

Was unternimmt der Stadtrat, um zu erreichen, dass inskünftig keine eingeschossigen Detailhandels- oder Gewerbebauten mehr erstellt werden dürfen?

Antwort des Stadtrates

Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist beabsichtigt, in den Bauvorschriften eine Mindestausnutzung sowie Mindesthöhen zu bestimmen. Nach neuem Planungs- und Baugesetz wird die Geschossigkeit abgeschafft.

Frage 7

Im Stadtentwicklungskonzept ist eine monetäre Bewirtschaftung von Parkplätzen festgehalten. Was unternimmt der Stadtrat, um zu erreichen, dass die Parkplätze bei allen Supermärkten bewirtschaftet werden? Bis wann wird die Bewirtschaftung in Kraft sein?

Antwort des Stadtrates

Hier kann auf Antwort 4 verwiesen werden.

Frage 8

Welche weiteren Massnahmen sieht der Stadtrat vor, um eine aktive Bodenpolitik zu betreiben, die dem Stadtentwicklungskonzept nachlebt?

Antwort des Stadtrates

Ende 2019 sollten erste Konzeptentwürfe vorliegen, die dann auch dem Parlament zur Stellungnahme unterbreitet werden können.

Stadtrat**Beilage**

Interpellation